

Das Personal soll nicht für die angespannten Kantonsfinanzen herhalten

Obwohl sich die Wirtschaft im Allgemeinen gut von der gravierenden Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre erholt hat, muss der Kanton Aargau für die Jahre 2017 bis 2020 ein Sparpaket erarbeiten. Dabei finden die Politiker überraschend schnell die Schuldigen der Finanzmisere. Es ist unter Anderem, der aufgeblasene Staatsapparat. Es sind Angestellte, die nicht benötigt werden, würde der Staat nur jene Leistungen erbringen, die vorgesehen und notwendig wären. Mit einer Schlankheitskur könnten somit Millionen an Gehälter im Jahr eingespart werden.

Dass zusätzliche Staatsaufgaben von Politikern beschlossen werden, weil Beschlüsse im Parlament in der Regel neue Aufgaben für das Staatspersonal mit sich bringen, wird dabei völlig ausgeblendet. Ebenfalls ausgeblendet wird der Umstand, dass der Kanton Aargau längst kein Durchgangskanton mehr ist. Das Bevölkerungswachstum der letzten zehn Jahre war enorm und führte per se zu einer Mengenausweitung der bestehenden Aufgaben.

Sollten sich die Staatsangestellten, nach den Vorstellungen der Politik, nur noch auf den reinen Vollzug beschränken, würde dies aber nicht automatisch Kosten einsparen. Gewerbetreibende etwa, die nicht pro aktiv über das neue Tierschutzgesetz oder dem Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen beraten worden wären, hätten einen massiv höheren bürokratischen Aufwand gehabt. Möglicherweise hätten auch einzelne Betriebe vom Staat sanktioniert werden müssen. Unsere Bürger werden kaum damit glücklich werden, wenn sie sich in Zukunft für staatliche Dienstleistungen in der Warteschlange anstellen müssen oder diese schriftlich beantragen sollen.

Von den Staatsangestellten wiederum wird erwartet, dass sie Verständnis haben sollen, dass seit Jahren keine echte Lohnentwicklung mehr stattgefunden hat, ihnen laufend Lohnnebenleistungen gekürzt werden und sie Überstunden leisten müssen. Als Dank wird ihnen von der Politik ein schlechtes Image angedichtet. Dafür dürfen sie im Gegenzug miterleben, dass auch auf ihre Kosten das Parlament in der Vergangenheit Steuersenkungen beschlossen hat, und diese heute nicht zur Sanierung des Finanzhaushaltes wieder erhöht werden.

Welcher Parlamentarier würde für sich einen solchen Arbeitgeber wünschen?

Weitere Auskünfte:

Marco Piovanelli, Regionalsekretär
marco.piovanelli@syna.ch